

# Die CDU muss ihr Parteivolk befragen

Nur mit einer nationalen Debatte der Mitglieder kann die Neuordnung der CDU Erfolg haben

VON PETER GAUWEILER

Man hat sich für ein basisdemokratisches Vorgehen entschlossen, heißt es: Es gibt eine Web-Side der Parteizentrale, wo man Luft ablassen kann. Und sieben Regionalkonferenzen deutschlandweit für die eigene Basis, was als Versuch einer Erörterung der Lage von unten dargestellt wird. Ein Mann aus dem Volke durfte etwas Kesses gegen die „weiß-blauen Wadenbeißer“ sagen, unter beifälligem Nicken eines erhöht sitzenden Elferrates. Ansonsten alles brav und artig, fast tanzstundenhaft. Kokettes Lachen. Ein bisschen sah es nach der gespielten Normalität aus, die man bei Leuten beobachten kann, die einen Selbstmordversuch hinter sich haben.

Es gäbe einen ehrlicheren Weg aus der Krise: Wenn sich die Bewerber für das höchste Amt der Partei den 600 000 Mitgliedern der CDU tatsächlich zur Abstimmung stellen. Die CDU hat mehr als je zuvor nötig eine freimütige Diskussion über Personen und Programm ihrer Vereinigung. Und Männer und Frauen, die den Mut haben, sich einer Kandidatur für die Spitze mit offenem Ausgang zu stellen. Gerade weil man weiß, welche Interessen schon wieder kreisen, muss im Zentrum eines Neuanfangs von oben das Recht derer stehen, die die Partei von unten tragen.

Jede Bewerberin und jeder Bewerber sollte in der Lage sein, die programmatischen Ziele kurzgefasst vorzulegen, von denen sie und er meinen, dass sie für die große Sache gut und richtig sind. Das Ganze wäre weniger aufwendig und kostspielig, als die zahllosen Konferenzen für eine Minderheit von Höhergestellten. Für die offene Aussprache mit der eigenen Partei braucht man keine Werbeagentur, sondern nur Kandidaten mit kla-

rem Kopf und Macht über die Sprache. Wenn man/frau das nicht wagen, sind sie für die Auseinandersetzungen der Zukunft ohnehin nicht geeignet. Da nicht nur zwischen den Zeilen gesagt wird, dass der CDU sogar das Totenglöcklein schlagen könne, ist dies die Stunde der Basis. Ist doch die Lebenserfahrung zahlloser Normalbürger, die als Mitglieder die Union erst definieren, vor allem auch ihre Unabhängigkeit, ungleich breiter als der eingeengte Blick von Berufspolitikern, mit ihrer ewigen Angst um das eigene Fortkommen und den Verlust des Amtsgenusses.

Auch wenn es ein bisschen wehtut: Unsere Patientin braucht diese Therapie. „Aussprechen heilt“, wusste schon Sigmund Freud. Und wer am Ende, nach dieser Prüfung, auf dem Königsstuhl Platz nehmen darf, ist keine Frage von Jung oder Alt, Mann oder Frau. Spätestens seit Margaret Thatcher weiß man, dass Frauen, die interessanteren Konservativen sein können. Und unter weißem Haar sprießen mitunter freiere Gedanken, als unter dunklem Gel. Als Gegenargument taucht gegen den Mitgliederentscheid sehr schnell der Name Rudolf Scharping und seine ebenfalls basisdemokratisch angelegte Nominierung für die erfolglose Kanzlerkandidatur auf. Das ist ein schlechter Einwand. Dieses Auswahlverfahren hatte damals den Fehler, dass es von der SPD-Nomenklatura abbrochen wurde, bevor es zur Stichwahl kam – um Gerhard Schröder zu verhindern.

Es gibt ein besseres Beispiel. In diesen Wochen beobachten auf der ganzen Welt politisch Interessierte die Vor-Wahlen in Amerika. Wo in den Primaries für das höchste Staatsamt des Erdballs alle registrierten Mitglieder die jeweiligen Spitzenkandidaten ihrer Parteien

bestimmen. Die Frage ist, ob „Republikaner“ und „Demokraten“ in New Hampshire oder South Carolina wirklich politisch belastbarer sind als CDUler sagen wir einmal im Freistaat Sachsen oder in Düsseldorf. Die CDU könnte ganz Deutschland einen Dienst leisten, wenn sie den Mut hat, die Neuordnung ihrer Führung in einer nationalen Debatte zu klären. Ein solch politischer Wettbewerb bietet eine glänzende Gelegenheit, die verlorene Melodie des einstigen Erfolges der CDU Deutschlands wiederzufinden. Man kann dessen Beschreibung aus dem Munde Konrad Adenauers nicht oft genug zitieren: „Darum erkannten die meisten Anhänger des früheren Zentrums, aber auch zahlreiche Mitglieder der früheren Rechtsparteien und der Parteien der Mitte die Notwendigkeit, dass wir alle zusammenfinden mussten, um eine neue, auf ethischen Grundsätzen beruhende Partei zu schaffen.“ Dieser Adenauer-sche bundesrepublikanische Mehrklang hatte vor einem halben Jahrhundert Europas Mitte die Grundstimmung gegeben, welche Deutschland für den ganzen Kontinent hat gut sein lassen.

CDU, trau Dich! Verehrte Bewerber/innen, zur Verfügungsteher und Wenn-ich-gerufen-werden-Woller, traut Euch auch! Es gilt, das taktische Denken zu überwinden. Öffnet Fenster und Visier! Jetzt immer noch warten wollen, ob es noch schlechter wird, wäre eine Ruchlosigkeit gegen die CDU, der Ihr immer noch (mindestens) so viel verdankt wie sie Euch. Wer zu spät kommt, wird durch das Leben bestraft. Und wenn sich noch jemand anders bewerben würde? Irgendwer sonst aus der CDU – wäre das wirklich so schlimm? Schließlich ist es nicht wahr, dass es eindrucksvolle Talente in der Union nicht

mehr gibt. Ein Blick auf die CDU-Spitzen in Städten und Gemeinden beweist das Gegenteil, ebenso wie auf die Präsidenten und Präsidentinnen der unionsnahen Verbände. Angesichts der Lage leistet sich die CDU zu viele unverbrauchte Kräfte im Wartestand. Der Mitgliederentscheid kann auch solche Verkrustungen aufbrechen.

Wer neuer CDU-Chef werden will, muss vorher den Parteimitgliedern (und nicht nur Redaktionskonferenzen) die christlich-demokratische Gretchenfrage beantworten: Wie wird Leben und Werk des Vorgängers eingeordnet? Wie stehen die Gaullisten zu de Gaulle, die Tories zu Churchill, die Christlichdemokraten zu Kohl. Der schwarze Sankt-Veits-Tanz der letzten drei Monate ist in der westlichen Parteiengeschichte ohne Beispiel, selbst Präsident Nixon wurde auf dem Höhepunkt der Watergate-Affäre von seiner republikanischen Partei in ihrer Gesamtheit besser behandelt. Man kann (um ein modernes Wort zu gebrauchen) das „Mobbing“ gegenüber dem Vater der deutschen Einheit weltweit nur mit dem 2. Sturz von Deng Hsiao Ping vergleichen, als das Zentralkomitee alle Funktionäre im Riesenreich der KP Chinas verpflichtete, überall im Reich der Mitte zu einer Anti-Deng-Kampagne aufzurufen. Dass der Steuermann des neuen Chinas dies alles später – trotz fürchterlicher persönlicher Belastungen – als „Fliegenschiss“ abtat, sollte Helmut Kohl ein Trost sein. Unter den Lebenden ist er der bedeutendste Mann der Union. Und die CDU-Kaziken sollten in den Kopf bekommen, dass in Deutschland jeder weiß, was von Widerständlerrei im Nachhinein zu halten ist.

*Peter Gauweiler (CSU) lebt als Rechtsanwalt in München.*